



Foto: Stadtwerke Tübingen

Stadtwerk: Kommunen sind wichtige Energiewendeakteure. Über ihre Versorgungsunternehmen tragen sie maßgeblich zur Umsetzung der Ziele dieses Mammutprojekts bei.

Gute Aussichten

Kommunen und Bürger haben viele Möglichkeiten, ihr Engagement in der Stromerzeugung zu verstärken. Das zeigt eine Studie zur Entwicklung des Energiemarkts.

Die Folgen der Energiewende werden schon heute auf Ebene des Bundes, der Länder und Kommunen bis hin zum einzelnen Bürger immer deutlicher erkennbar. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Umbau unseres Energieversorgungssystems eine Aufgabe ist, die vor Ort umzusetzen ist und dort erfolgreich sein muss.

Für die Studie „Wie entwickelt sich der deutsche Energiemarkt in 10 Jahren?“ des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig und der Berliner Strategieberatung SNPC wurden Experten von energierelevanten Sektoren

schriftlich befragt. Einen Schwerpunkt bildete die kommunale Ebene. In dem Energiemarkt-Szenario für das Jahr 2023 ist die Energiewende eine nationale Herausforderung und noch längst nicht abgeschlossen. Eine wichtige Aufgabe, für die die Politik stets geworben hat, war und ist die Unterstützung der Umsetzung vor Ort. Lokale Interessen sind dabei im Besonderen betroffen.

Auf der einen Seite haben Kommunen sich entschieden, über Stadtwerke die Energiewende nicht nur mitzugestalten, sondern trotz erkennbarer Risiken auch von dieser zu profitieren. Auf der anderen Seite sind immer wieder starke lokale und

regionale Initiativen entstanden, die sich gegen Ausbauprojekte engagiert haben.

Kommunen spielen eine wichtige Rolle als lokaler Akteur der Energiewende. Sie tragen insbesondere in ihrer Funktion als Planungsträger, Besitzer von Liegenschaften, als lokaler öffentlicher Auftraggeber und mittels ihrer Stadtwerke als Versorger maßgeblich zur Umsetzung der spezifischen Ziele der Energiewende vor Ort bei. Kommunale Unternehmen genießen das Vertrauen der Bürger, Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen.

Spielraum bleibt begrenzt

Nach Meinung der Experten werden, bezogen auf die Stromverteilung, zukünftig Stadtwerke in stärkerem Maße Netze betreiben. Wenngleich die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze derzeit (noch) als Königsweg gilt (s. dazu auch Beitrag S. 22), um die Energiewende auf lokaler Ebene umzusetzen, werden die Hoffnungen nach Expertenmeinung nicht in vollem Maße erfüllt. Durch die Pflicht der diskriminierungsfreien Durchleitung bleibt der Gestaltungsspielraum der Kommunen auch in zehn Jahren begrenzt.

Auch bezogen auf Energieeffizienz sind Kommunen in dem Szenario wichtige Akteure. Die Energieeffizienz wurde durch die energetische Sanierung kommunaler Immobilien und vermehrte Realisierung von Contracting sowie eine „smarte“ Steuerung des Energieeinsatzes über die Jahre erhöht. Nicht nur europäische oder nationale Effizienzvorgaben, die die Entwicklung vorantreiben, sondern unter anderem die Einsparpotenziale vor Ort haben über die Jahre in vielen Fällen hinreichende Anreize geboten, nicht zuletzt aufgrund der oftmals prekären Haushaltslage zahlreicher Kommunen.

Das bürgerliche Engagement wird nach Meinung der befragten Experten im Rahmen der Energiewende insgesamt weiter zunehmen. Dabei ist nicht allein die Motivation entscheidend, Verantwortung für die Gestaltung der Energiewende zu übernehmen, sondern es sind dies insbesondere auch private, finanzielle Interessen. Dieser Mittelweg über Bürgergenossenschaften, die die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien oder den Ausbau der Infrastruktur mit direkter finanzieller Beteiligung der betroffenen Bürger realisieren, stellt eine Möglichkeit dar, die in vielen Regionen die Zielerreichung der Energiewende erst realisierbar macht.

Als weitreichendes Bürgerengagement erwarten die Experten vermehrt den Zusammenschluss zum Zweck der Selbstversorgung. Die finanziellen Vorteile stehen dabei im Vordergrund. Allerdings besteht in den nächsten Jahren noch stärker die Gefahr, die Kluft zwischen einkommensschwachen und vermögenden Bürgern weiter zu vergrößern, da die Kosten des allgemeinen Netzausbaus bei denjenigen ausgabewirksam werden, die sich einen Einstieg in Eigenerzeugung nicht leisten können.

Neben Energiegenossenschaften als Beteiligungsmodell, das in vielen Fällen von Sparkassen und Stadtwerken oder Regionalversorgern unterstützt wird, werden sich auch andere Möglichkeiten, wie Klimabriefe und Fonds, als Beteiligungsformen etablieren. Der Gesamtbeitrag von (Energie-)Genossenschaften zur Energieversorgung wird nach Meinung der Experten nahezu zehn Prozent betragen. Allerdings ist die Verbreitung von Energiegenossenschaften vor allem durch staatlich abgesicherte Förderung getrieben. Durch die zunehmende Anzahl von Akteuren kann das für die Energiewende benötigte Kapital aufgebracht werden. Bezogen auf den Netzausbau gewinnen Fondsfinanzierungen an Bedeutung.

Beteiligung stärkt Akzeptanz

Insgesamt wird, nach Ansicht der Befragten, die Steigerung der Bürgerbeteiligung auch zu einer steigenden Akzeptanz von Netzausbauvorhaben und Erneuerbare-Energie-Projekten vor Ort führen. Voraussetzung ist allerdings, dass hauptsächlich ortsansässige Bürger sich an Ausbauvorhaben beteiligt haben. Wo allein Großinvestoren auftreten, wird es stets größere Akzeptanzprobleme geben.

Letztendlich – so die Einschätzung – wird der Energiemarkt den Kommunen die Möglichkeit bieten, ihr Engagement im Energiebereich zu verstärken. Insbesondere die positive Stimmung in der Bevölkerung und das ökologische Bewusstsein tragen zu dieser Entwicklung bei. *Oliver Rottmann / Robert Krock*

Die Autoren

Dr. Oliver Rottmann ist geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig (rottmann@wifa.uni-leipzig.de),

Robert Krock ist Geschäftsführer des Beratungsunternehmens SNPC in Berlin (office@snp.de)